

Oldenburger Universitätsreden

Vorträge · Ansprachen · Aufsätze

herausgegeben von
Sabine Doering und Hans-Joachim Wätjen

In der Reihe *Oldenburger Universitätsreden* werden unveröffentlichte Vorträge und kürzere wissenschaftliche Abhandlungen Oldenburger Wissenschaftler und Gäste der Universität sowie Reden und Ansprachen, die aus aktuellem Anlass gehalten werden, publiziert.

Die *Oldenburger Universitätsreden* wurden seit 1986 bis zur Nummer 175 herausgegeben von Prof. Dr. Friedrich W. Busch, Fakultät I Erziehungs- und Bildungswissenschaften, und – bis zur Nummer 124 – vom Ltd. Bibliotheksdirektor Hermann Havekost, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung der Universität Oldenburg dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Anschriften der Herausgeber:

Prof. Dr. Sabine Doering

Fakultät III

Institut für Germanistik

Postfach 25 03

26111 Oldenburg

Telefon: 0441/798-3049

Telefax: 0441/798-2399

e-mail:

sabine.doering@uni-oldenburg.de

Ltd. Bibl. Dir. Hans-Joachim Wätjen

Informations-, Bibliotheks- und

IT-Dienste der Universität Oldenburg

Postfach 25 41

26015 Oldenburg

Telefon: 0441/798-4010

Telefax: 0441/798-4040

e-mail:

hans.j.waetjen@uni-oldenburg.de

Redaktionsanschrift:

Oldenburger Universitätsreden

Informations-, Bibliotheks- und

IT-Dienste der Universität Oldenburg

z. H. Frau Barbara Šíp (BIS-Verlag)

Postfach 25 41

26015 Oldenburg

Telefon: 0441/798-2261

Telefax: 0441/798-4040

e-mail: bisverlag@uni-oldenburg.de

Nr. 183

Gunilla Budde

**„Ein Weltverbesserer ist
doch immer gut.“**

Gerhard Kraiker

**Der Namensgebungsstreit
vor dem Hintergrund
der Zeitereignisse**

2008

Inhalt

Vorwort	5
Uwe Schneidewind Grußwort	9
Gunilla Budde „Ein Weltverbesserer ist doch immer gut.“ Was bedeutet der Name Carl von Ossietzky Universität für Studierende und Lehrende heute?	11
Gerhard Kraiker Der Namensgebungsstreit vor dem Hintergrund der Zeitereignisse	21
Die Autoren	31

VORWORT

Anlässlich des 50. Todestages von Carl von Ossietzky am 4. Mai 1988 veranstaltete die Universität Oldenburg, damals noch um die Namensgebung mit der Landesregierung streitend, die Ossietzky-Tage. Diese wurden wie die Gedenkveranstaltung zwanzig Jahre später, deren Vorträge in dieser Universitätsrede dokumentiert werden, von der Pressestelle organisiert. In jenem Jahr hielt der damalige Altbundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt den Hauptvortrag über die Nobelpreiskampagne für Carl von Ossietzky – abgedruckt in der Universitätsrede Nr. 20. Die Ossietzky-Tage und auch die beginnende Forschung über Leben und Werk von Carl von Ossietzky machten das Interesse der Universität deutlich, die Diskussion um Ossietzky zu versachlichen und die historischen Fakten sprechen zu lassen.

Drei Jahre nach Willy Brandts Vortrag war das fast zwanzigjährige Ringen um die Namensgebung beendet. Die Universität konnte sich endlich nach Carl von Ossietzky benennen. Anlässlich der Feier zur Namensgebung und zum 102. Geburtstag von Carl von Ossietzky bat der damalige Ministerpräsident Gerhard Schröder die Tochter Rosalinda von Ossietzky-Palm um Entschuldigung *„für das ..., was das Land Niedersachsen dem Namen Ihres Vaters angetan hat.“* Auch diese beeindruckende Rede kann nachgelesen werden in der Nr. 47 unserer Schriftenreihe.

Anlässlich des 70. Todestages hat sich die Universität noch einmal mit der Namensgebung in einer Vortragsveranstaltung auseinander gesetzt, die am 8. Mai stattfand. Denn das Todesdatum hatte bereits die Stadt Oldenburg zum Anlass genommen, ihren nach Carl von Ossietzky benannten Preis für Zeitgeschichte und Politik im Oldenburger Schloss an die Journalistin Inge Deutschkron feierlich zu verleihen.

Die Veranstaltung der Universität im Bibliothekssaal vier Tage später bot zwei ganz unterschiedliche Vorträge aus verschiedenen Blickwinkeln auf Carl von Ossietzkys Bedeutung für den Namen unserer Universität. Gerhard Kraiker, der Politologe,

Zeitzeuge des Namensstreits und Mitherausgeber der Schriften Ossietzkys blickt zurück. Die vor wenigen Jahren neu berufene Historikerin Gunilla Budde fragte dagegen rund hundert ihrer Studierenden nach der heutigen Bedeutung, die Carl von Ossietzky für sie hat. In ihrem Vortrag beleuchtet sie zugleich auch Wertungen, die ihre Kollegen unter den Historikern zu Ossietzky noch vor nicht allzu langer Zeit abgegeben haben.

Die Urteile der Studierenden sind ausgesprochen differenziert und ohne Pathos. Ossietzky wird durchweg als positive Leitfigur und in diesem Sinne als „Weltverbesserer“ wahrgenommen. Ganz anders fielen die Wertungen der Historiker während des Kalten Krieges und noch bis in die Mitte der 1980er Jahre hinein aus. Ossietzky wurde von vielen Kollegen Buddes in der Bundesrepublik den „Totengräbern der Weimarer Republik“ zugerechnet, während er in der DDR gänzlich vereinnahmt wurde. Für Gunilla Budde dagegen ist er ein „Paradevertreter der kritischen Öffentlichkeit“, auf die Demokratien angewiesen sind und die es in Diktaturen nicht geben kann. Sie empfiehlt die Lektüre der oft immer noch aktuellen Texte Ossietzkys, in denen es noch viel Neues zu entdecken gilt und deren hohe sprachliche Qualität sie schätzt.

Deren Lektüre hätte vielleicht auch den Befürwortern und Gegnern im Streit um die Namensgebung der Universität gut getan, denn er wurde auf einer äußerst dünnen Informationsgrundlage geführt, wie Gerhard Kraiker in seinem Vortrag über die Namensgebung feststellt. Zu Beginn des Streits gab es von Ossietzky fast nur Lizenzausgaben aus der DDR. Die Biografie von Elke Suhr, die Erforschung des Nachlasses von Carl von Ossietzky und seiner Tochter Rosalinda, schließlich die Oldenburger Edition entstanden erst später und im Verlauf des Streites um die Namensgebung. Gerhard Kraiker zeichnet die sehr ideologisch und wenig differenziert geführten Konflikte nach, die sich in dem Namensstreit ausdrückten und in denen oft auch Hegemonieansprüche in der Geschichtsdeutung mitschwangen. In seiner Historisierung des Namensstreits geht er dabei weit zurück und bezieht auch lange nachwirkende Ereignisse der Vorkriegszeit ein. Im Ergebnis ist für Gerhard Kraiker der Namensstreit allerdings nur die „Oldenburger Variante“ des Konflikts der 1968er,

die die „*Demokratie beim Wort nehmen*“, mit der Generation der Väter und damit mit denen, die „*der autoritären Tradition*“ verhaftet waren.

Am Schluss seines Vortrages überraschte Gerhard Kraiker das Publikum mit der Überlegung, den Namen der Universität von den kommenden Generationen hinterfragen zu lassen und zur Disposition zu stellen. Wenn der humanistische Geist Ossietzky nicht mehr die Richtung weise, solle das Etikett gewechselt werden, so der Vorschlag von Gerhard Kraiker. Die Provokation war von ihm offensichtlich gewollt. Der Herausgeber der Universitätsreden ist sich sicher: Dieser Vorschlag von Gerhard Kraiker wird nicht aufgegriffen werden. Die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg wird keine Werbeagentur beauftragen, einen lateinisch klingenden Kunstnamen zu erfinden oder einen Vorfahren des Hauses Oldenburg für sich in Anspruch nehmen wollen. Wir sollten auch in Zukunft auf die Studierenden vertrauen. Eine der von Gunilla Budde Befragten schrieb und wird am Ende ihres Vortrags zitiert:

„Mit der Entscheidung für den Namen Carl von Ossietzky Universität verpflichtet sich die Universität, den von Ossietzky vertretenen Prinzipien treu zu bleiben.“

Mit diesem Satz kann auch ein Vorwort gut enden.

Oldenburg, im November 2008

Hans-Joachim Wätjen

UWE SCHNEIDEWIND

Grußwort

Sehr geehrte Frau Budde, sehr geehrter Herr Kraiker, sehr geehrter Herr Wätjen, sehr geehrte Damen und Herren, es ist für die Universität von besonderer Bedeutung, dass in dem von uns so intensiv begangenen Jaspers-Jahr 2008 das Gedenken an unseren Namensgeber Carl von Ossietzky ebenfalls eine zentrale Bedeutung hat.

Das Jahr 2008 steht für den 70. Todestag von Carl von Ossietzky. 1938 starb er an den Folgen seiner Internierung im Lager Esterwegen. Im Gedenken an seinen Todestag am 4. Mai hat die Stadt Oldenburg in diesem Jahr den Carl-von-Ossietzky-Preis an Inge Deutschkron verliehen. Die Laudatio für die deutsch-israelische Journalistin und Autorin und ihre bewegenden Berichte über das im Nationalsozialismus erfahrene Leid sind allen, die am letzten Sonntag an der Veranstaltung im Schloss teilnehmen konnten, noch in plastischer Erinnerung.

Die heutige Universitätsveranstaltung zum Todestag Carl von Ossietzkys haben wir bewusst auf den für die Deutsche Geschichte so symbolischen 8. Mai gelegt. Er liegt zwischen dem 4. Mai, Ossietzkys Todestag, und dem 75. Jahrestag der Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933, als insbesondere auch die Schriften Ossietzkys zentrales Ziel des nationalsozialistischen Terrors waren.

Die heutige Veranstaltung zum Todestag erfüllt universitätsintern eine wichtige Brückenfunktion: Sie ist eine Verbindung zwischen den Generationen. Auf der einen Seite steht die Gründungsgeneration und ihre intensive Auseinandersetzung mit den Arbeiten Carl von Ossietzkys, programmatisch vertreten von Gerd Kraiker als dem Herausgeber der Ossietzky-Gesamtausgabe. Auf der anderen Seite steht die Generation der in den letzten Jahren Neuberufenen, heute repräsentiert von der Historikerin Gunilla Budde. Es freut mich sehr, dass die aktive Auseinander-

setzung mit dem Namensgeber unserer Universität und seiner aktuellen Bedeutung bei den Studierenden durch den Generationswechsel in der Universität nicht gelitten, sondern neue Formen gefunden hat.

Ihnen beiden, Frau Budde und Herrn Kraiker, gilt mein ganz besonderer Dank für das Mitwirken an der heutigen Veranstaltung. Ebenso möchte ich unserer Stabsstelle Presse und Kommunikation, insbesondere Herrn Harms, für den Anstoß zu dieser Veranstaltung sowie Herrn Wätjen dafür danken, dass es ihm gelungen ist, die Weltbühne-Ausstellung hier in die Bibliothek zu holen und mit der heutigen offiziellen Ausstellungseröffnung diesen Abend so passend abzurunden.

GUNILLA BUDE

„Ein Weltverbesserer ist doch immer gut.“

Was bedeutet der Name Carl von Ossietzky Universität für Studierende und Lehrende heute?

„Ein Weltverbesserer ist doch immer gut.“ Provokant lapidar fiel in einer jüngst angestellten Befragung unter rund 100 Oldenburger Geschichtsstudenten die Antwort eines Studenten auf die Frage aus, ob und warum Carl von Ossietzky ein würdiger Namensgeber für unsere Universität sei.¹ Schwingt hier etwa Gleichgültigkeit mit? Gleichgültigkeit gemischt mit gönnerhaftem Wohlwollen und leichter Geringschätzung?

Auf den ersten Blick scheint es so. Doch: Für diese Generation, in der Weltverbesserer nicht gerade in Scharen auftreten, hat das Wort seinen negativen Beiklang verloren. Heute verkörpern die notorischen „Gutmenschen“, die berufsmäßigen Moralisten, das, was früher den ewigen Weltverbesserer ausmachte. Den „Weltverbesserer“, den Schiller und Nietzsche auf den Boden zurückholen wollten indem sie ihm ein Denken auf Augenhöhe rieten. Der Student des Jahres 2008 indessen meint es keineswegs abschätzig, wenn er Carl von Ossietzky zum „Weltverbesserer“ erklärt. Vielmehr reiht er sich damit ein in den Kanon der positiven Studentenstimmen, die Carl von Ossietzky Ehrentitel wie „Verfechter der Meinungsfreiheit“, „kompromissloser Demokrat“, „unbeugsamer Kritiker“ und „Symbolfigur des Widerstands gegen die NS-Herrschaft“ geben.²

Dass die heutige Studentengeneration – frei von jedem Pathos, fern aller Mystifizierung, ja gänzlich unverkrampft – sich un-

1 Umfrage am Institut für Geschichte, SS 2008, unter rund 100 Studierenden unterschiedlicher Jahrgänge.

2 Dies ein Ausschnitt der meist genannten Titel.

serem Namenspaten annähern kann, hat mindestens zwei gute Gründe:

Zum einen genießen wir heute das Privileg, in einer Welt zu leben, die zwar nicht perfekt ist und in der auch Weltverbesserer noch einiges zu tun hätten. Aber immerhin doch eine Welt, Lichtjahre entfernt von der Diktatur, der neben Carl von Ossietzky Millionen von Menschen zum Opfer gefallen sind.

Zum zweiten: Die Abgeklärtheit der heutigen Studierenden resultiert aus ihrer größeren Aufgeklärtheit. Wissen schützt, so könnte man nach der Lektüre der Statements der Studierenden schlussfolgern, vor schnellen Vorurteilen und falschen Verurteilungen. Sicherlich: heute kann man sich schnell Kenntnisse ergooglen. Einige der Befragten haben es sich in der Tat leicht gemacht, und schlichtweg Wikipedia befragt und zitiert. Doch das waren nur wenige. Wie keine Generation zuvor sind Studierende heute umfänglich unterrichtet über die Zeit des Nationalsozialismus: Bereits durch Kinderbücher, durch die Schule, durch Ausstellungen, durch Fernsehdokumentationen und durch Spielfilme ist das Wissen über die NS-Zeit glücklicherweise mittlerweile gut fundiert und gleichzeitig hochdifferenziert. Immerhin: Noch immer gibt ein Großteil der Geschichtsstudierenden und -studenten an, dass die bohrende Frage, warum es gerade in Deutschland zu dieser verheerenden Diktatur kommen konnte, sogar die treibende Kraft war, sich für ein Geschichtsstudium zu entscheiden. Im Übrigen eine Motivation mit langer Tradition, denn schon für die akademischen Lehrer der heutigen Professorenschaft war dies der wesentliche Impuls.³ Seminare zur Geschichte des Nationalsozialismus sind dicht gefüllt, bei der Themenwahl für Bachelor- und Masterarbeiten rangiert die NS-Zeit weit oben, wobei vor allem auch die Frage nach Widerstand, Opposition und Eigen-Sinn vielen jungen Historikerinnen und Historikern am Herzen liegt. Für diese Studierenden, das hat die Umfrage gezeigt, steht es außer Frage: Carl von Ossietzky ist mit seiner kritischen Haltung zur allzu kompromissbereiten Weima-

3 Vgl. u.a. die Interviews in: Rüdiger Hohls u. Konrad H. Jarausch (Hg.): *Ver säumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*, München u. Stuttgart 2000.

rer Republik und vor allem mit seiner mutigen Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Regime in ihren Augen eine uneingeschränkt positiv besetzte Persönlichkeit, eine Lichtgestalt auf dem Hintergrund einer jüngeren deutschen Geschichte mit wenigen Lichtblicken. Unter all den Mitläufern, wie es ein Student genannt hat, war er ein mutiger und mutmachender „Gegenläufer“.

Und so einer soll einmal umstritten gewesen sein? Soll Kommilitonen vor mehr als drei Jahrzehnten in einer halbsbrecherischen Nacht- und Nebelaktion auf den blauen Turm getrieben haben, um seinen Namen dort zu verewigen? Und vier Tage später dann ein 200-Mann starkes Polizeiaufgebot mobilisiert haben, um einen Maler, der den Namenszug wieder überpinseln sollte, vor wütenden Studentenprotesten zu schützen?⁴ Dies ist ein Szenario, das heute unsere Vorstellungskraft übersteigt, uns nur noch ein erstaunt-empörtes Kopfschütteln abringt.

Das Namensgerangel um unsere Universität ist heute ein Stück Zeitgeschichte, ein vom Kalten Krieg beschlagener Spiegel eines vergangenen Zeitgeistes. Heute scheiden sich an Ossietzky nur noch die Kleingeister. Die Journalistenfamilie Augstein macht den mentalen Generationswechsel greifbar: Während Rudolf Augstein die Ossietzky Medaille ablehnte und noch Ende der 1970er-Jahre in seinem „Spiegel“ gegen seinen Kollegen wettete,⁵ sitzt heute seine Tochter Franziska in der Jury, die über den Carl-von-Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg befindet. Inge Deutschkron hat letzten Sonntag bekanntlich diesen Preis erhalten. Bei ihr zu Hause, betonte sie in ihrem eindrucksvollen Vortrag, wäre der Name Ossietzky häufig gefallen und immer mit größter Hochachtung. Eine Ehre sei es ihr, den Preis mit dem Namen Ossietzky entgegen nehmen zu dürfen, das Bundesver-

4 Zur Universitätsgeschichte s. Jürgen Lühje, Hilke Günther-Arndt u. Rainer Krüger: Vom Projekt einer Universität zur Universität mit Profil, Oldenburg Universitätsreden, Nr. 120, Oldenburg 2000.

5 S. Rudolf Augstein: „Eine Republik und ihre Zeitschrift“, in: Der Spiegel 42 (1978).

dienstkreuz dagegen würde sie auch heute noch, wie schon wiederholt, mit großer Vehemenz ablehnen.⁶

Die Schwierigkeiten, die die Ossietzky-Preisträgerin mit einer Ehreung der Bundesrepublik hat, hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass auch dieses Deutschland in ihren Augen nicht nur in der Adenauer-Ära sondern viele Jahrzehnte später noch immer zu wenig aus der Geschichte gelernt hätte. Der Namensstreit um einen Oppositionellen gegen das nationalsozialistische Regime, der sich eben nicht in den dumpfen, behäbigen Nachkriegsjahren abspielte, legt davon ein unrühmliches Zeugnis ab. Auch Vertreter meiner eigenen Zunft, als Historiker eigentlich zur Aufklärung verpflichtet, haben das ihre dazu beigetragen, Ossietzky lange zu verunglimpfen. In gewisser Weise stimmten sie damit eine Gegenrede an zum Loblied, dass auf Seiten der DDR über Ossietzky gesungen wurde. Der „Totengräber der Weimarer Republik“, wie ihn westliche Historiker nicht müde wurden abzukanzeln, wurde im Osten als Wegbereiter eines „besseren Deutschlands“ lautstark vereinnahmt, nach dem in Windeseile Straßen, Schulen und Plätze – ganz ohne Diskussionen – in feierlichen Zeremonien benannt wurde. Beiden Seiten hätte Ossietzky kaum zugestimmt.

Doch die Kalte-Kriegs-Atmosphäre erklärt nur wenig und entschuldigt gar nicht die Verblendung, mit der selbst sich als liberal verstehende Historiker wie Hans-Ulrich Wehler sich vor gut zwei Jahrzehnten noch dezidiert gegen die Namensgebung unserer Universität aussprachen. „Auf seine Art“, so Wehler, hätte von Ossietzky mit der ‚Weltbühne‘ dazu beigetragen, die tief angeschlagene Republik noch weiter zu schwächen, ja durch seine von links ohne Pardon ausgeübte Kritik aktiv zu diskreditieren. Er habe damit zur inneren Aushöhlung und Auflösung jener immer heftiger geschmähten Republik beigetragen. „Angesichts dieser Verwirrung des politischen Urteils bleibt es mir“, so schreibt Wehler 1983, „schlechterdings unverständlich, warum eine neue

6 So ihre Antwort im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema „Die so genannte Stunde Null 1945 – und dann“, mit Inge Deutschkron und Prof. Dr. Ingo Müller im Oldenburger PFL am 5.5.2008.

westdeutsche Universität ausgerechnet nach Carl von Ossietzky benannt werden sollte.“⁷

Ja warum? Dass ein Historiker diese Frage stellt, erstaunt in der Tat. Und sie zeigt: Auch die Wissenschaft ist stark eingefärbt von der jeweiligen Zeit, in der sie entsteht. Die Aufgabe der theoretischen Fundierung, vor allem aber auch die Pflicht zur politischen Einmischung, die Wehler als Begründer einer historischen Sozialwissenschaft zum durchaus wichtigen Credo erklärte, unterstrich zwar einerseits die soziale Verantwortung der Historiker, verführte offenbar andererseits zumindest manchmal zur Aufgabe des wissenschaftsinternen Instrumentariums, zu vorschnellen, nicht empirisch gestützten Urteilen. Allein ein Blick in unser ureigenstes Handwerkszeug, ein Blick in die Quellen selbst, etwa in eben die „Weltbühne“, hätte schon Wehler eine Fülle von guten Argumenten für die Namensgebung liefern können. Hätte er seinen Auftrag als kritischer, der Aufklärung verpflichteter Historiker für sich selbst ebenso ernst genommen wie er ihn seinen Studierenden, u.a. auch Franziska Augstein und mir in seinen Bielefelder Seminaren vermittelt hat, wäre er zu einem Urteil mit mehr Augenmaß gekommen. Hätte er sich die Mühe gemacht, oder besser, hätte er sich die Lust gegönnt, intensiv in der „Weltbühne“ zu lesen: die Antwort wäre ihm leicht gemacht worden, macht die Antwort auch heute noch leicht.

Denn: Die kritischen Stimmen, die wir hier vernehmen können, noch dazu intoniert in einer großartigen Sprache, haben bis heute nichts von ihrer Aktualität verloren, machen Ossietzky und seine eloquenten Mitstreiter in der „Weltbühne“ zu lesenswerten Zeitgenossen über alle Generationen hinweg. In der „Weltbühne“ findet man ein Forum, das einer kritischen Öffentlichkeit alle Ehre macht. Schließlich ist die Herausbildung einer solchen kritischen Öffentlichkeit, wie sie, beflügelt von der Aufklärung Ende des 18. Jahrhunderts, sich seit dem 19. Jahrhundert durchsetzte, ein Meilenstein auf dem Weg in eine bürgerliche Gesellschaft, in eine auch heute noch zu Recht beschworene Zivilgesellschaft. In

7 Hans-Ulrich Wehler: Leopold Schwarzschild contra Carl v. Ossietzky. Politische Vernunft für die Verteidigung der Republik gegen ultralinke „System“-Kritik und Volksfront-Illusionen, in: ders.: Preußen ist wieder chic ... Politik und Polemik, Frankfurt a.M. 1983, S. 77-83, S. 78f.

ihr ist die Öffentlichkeit die notwendige Kontrollinstanz, der Ort kritischer Auseinandersetzung im Kontrast zu den Kabalen der intransparenten Hofgesellschaft des Ancien régime. Ohne eine solche Öffentlichkeit, dass wussten schon die Barrikadenkämpfer der Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts, kann eine Demokratie nicht leben, in Diktaturen durfte und darf sie bekannter- und bezeichnenderweise nicht leben.

Ein Paradevertreter einer solchen, in der Weimarer Republik in dieser Konsequenz erstmals überhaupt möglichen kritischen Öffentlichkeit war Carl von Ossietzky. Der Überbringer schlechter Nachrichten wurde in der Antike geköpft, in Weimar wurde er lediglich beschimpft, später dann auch in Haft genommen. Lakonisch schrieb Ossietzky selbst dazu: „In Deutschland gilt derjenige als viel gefährlicher, der auf den Schmutz hinweist, als der, der ihn gemacht hat.“⁸ Ein Paradevertreter der kritischen Öffentlichkeit demnach; nicht weniger, aber: auch nicht mehr. Dass die Nationalsozialisten die Macht des geschriebenen Wortes fürchteten, lässt sich an der schändlichen Bücherverbrennung vor 75 Jahren ablesen. Dass einer Zeitschrift wie der „Weltbühne“, die zu ihren besten Zeiten gerade mal eben 16.000 Exemplare verkaufte,⁹ von Seiten der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit noch vor wenigen Jahren so viel Macht zugesprochen wurde, eine Republik in den Abgrund zu schreiben, ist gänzlich unverständlich. Ossietzky sah in seiner spitzen Feder, Pazifist durch und durch der er war, ein Mittel der Verteidigung, nicht ein Mittel des Kampfes. Denn er bekämpfte die Weimarer Republik nicht mit seinen Schriften, sondern verteidigte die Idee der Republik, die schon bald in der real existierenden zu verschwinden drohte. Gerade weil er die Republik als Staatsform so achtete, musste er ihre undemokratischen Auswüchse so scharf geißeln. „Wer so klar die Selbstpreisgabe einer Demokratie nahen sah, hatte nicht Muße noch Sinn für halbe Wahrheiten.“¹⁰ Die Weimarer Republik war eine immense Chance für die deutsche Gesellschaft. Dass sie

8 Zit. in: Joachim Käppner: Wider die halbe Wahrheit, Süddeutsche Zeitung, 21.5.2003.

9 Elke Suhr: Zwei Wege ein Ziel. Tucholsky, Ossietzky und Die Weltbühne, München 1986, S. 16..

10 Käppner, in: SD.

letztlich verspielt wurde, ist keineswegs kritischen Geistern wie Ossietzky anzulasten, der schon früh auf die Gefahr verwies, sich mit nur „ein bisschen Frieden“, ein „bisschen Demokratie“, „ein bisschen Republik“ zufrieden zu geben.

Seine „Weltbühne“ wurde dabei ein Podium, das der Republik viel zu sehr verpflichtet war, als dass es sie in der halbherzigen Form, wie sie sich zeigte, akzeptieren konnte. Erlauben Sie mir nur ein kurzes Beispiel, um die „Weltbühne“ hier einmal selbst anklingen zu lassen, um dem Gebot der Historikerin nach Quellennähe selbst auch ein Stück weit zu genügen.

In einem Artikel vom 5. Juli 1927, „Nationalfeiertag“ betitelt¹¹, geißelte Ossietzky die sich weitende Kluft zwischen der realen und der imaginärer Republik:

„Seit den armen Demokraten auch die bescheidenste Einflußnahme auf die Innenarchitektur verwehrt ist, bemühen sie sich desto eifriger um die farbenfreudige Ausgestaltung der Fassade. [...] Über den nunmehr vorliegenden Antrag der Demokraten, den Verfassungstag zum gesetzlichen Feiertag avancieren zu lassen, ließe sich disputieren, wenn die Herrschaften nicht in einer so bedenklichen Selbsttäuschung gefangen wären. [...] Gewiß, man könnte sich den Verfassungstag als ragendes Kampfsymbol denken aber das will man doch eben nicht, das will man doch eben nicht. Man will durch eine laue Festivität einen Zustand heiligen, den zu ändern es an Kraft und Willen fehlt. In dieser Art von Feierei liegt kein begeisterndes ‚Wir wollen weiter!‘, sondern nur ein sanft zuredendes ‚Es ist genug!‘ Man schaut sich um, freut sich, es so herrlich weit gebracht zu haben und schickt die Kindlein nach Hause. Man hat Furcht, sich die Republik zu erkämpfen und versucht nun sie zu erfeiern.“¹²

Vorschnelles Schulterklopfen, wie er es beobachtete, lähmte seiner Ansicht nach die Kräfte der Republik. Dabei war er mit seinen Mahnungen keineswegs, wie ihm Kritiker anlasteten, auf einem Auge blind. Er teilte nach allen Seiten aus, nach rechts wie nach links. Sein Gegner war die Radikalität jeder Couleur aber

11 Carl von Ossietzky: Nationalfeiertag, in: Die Weltbühne, Nr. 27, 5.7.1927, S. 1-4.

12 Ebd., S. 3.

auch der „Herr Durchschnittsmensch“, der alle „Erschütterungen der Weltgeschichte“ in der „Kneipe überlebt“ hat, der immer „Gaffende [...] niemals Erlebende“. Dagegen hob er an zum „Lob der Außenseiter“, wettete gegen die Denkfaulheit: „Anstatt“, so schrieb er ein anderes Mal, „dem dummen Michel die Schlafmütze um die Löffel zu hauen, bekränzt man seine Denkfaulheit mit Eichenlaubsalat.“¹³

Neben solch bitteren Sätzen schimmerte bei historischen Lichtblicken auch immer wieder der hoffnungsbereite Optimist hervor. Dann wartete Ossietzky mit Gänsehautsätzen auf wie: „Schüchtern durch die Hintertür tritt die Menschlichkeit wieder ein“, so etwa nach Ende des Ersten Weltkriegs zu lesen,¹⁴ oder: „Die Freiheit war wieder auf der Erde zu Gast“, gerührt formuliert nach der Befreiung eines Landes aus der Kolonialherrschaft.¹⁵ Doch die Zeit von Weimar zwang nicht nur Ossietzky ein Wechselbad der Gefühle auf: „Doch die Republik ist wieder abgereist, wie sie sich immer schnell auf die Strümpfe macht, wenn es um die kleinen Leute geht, die sich für sie schlagen. Arme Leute, ihr habt eine bessere Republik verdient.“¹⁶

Das sind Sätze von großer Prägnanz und von unglaublicher Aktualität, die sich fortsetzen lassen: „Die Gleichgültigkeit der breiten Massen am politischen Betrieb ist unbeschreiblich.“ „Heute“, so heißt es in dem Artikel „Lob der Außenseiter“ wenig später, „ruhen die Stammgäste der guten Mitte wieder auf ihren Lorbeeren aus. Sie sehen das Erreichte an, finden es schön und dekretieren große Pause. Und wenn auch sonst weiter nichts stabilisiert ist, so doch der Kapitalismus. Auf Klagen von Unten antwortete der Harfenklang wohltemperierter Resignation: Dafür ist kein Geld da!“¹⁷

13 Zit. in: Wilhelm von Sternburg: Carl von Ossietzky. Es ist eine unheimliche Stimmung in Deutschland, Berlin 2000, S. 145.

14 Zit. in: Sternburg, S. 126..

15 Carl von Ossietzky: Die Nacht von Hankau, in: Die Weltbühne, Nr. 2, 11.1.1927, S. 41-44, Zitat S. 44.

16 Carl von Ossietzky: Die Republik der kleinen Leute, in: Die Weltbühne, Nr. 51, 20.12.1927, S. 913-916, Zitat S. 916..

17 Carl von Ossietzky: Lob der Außenseiter, in: Die Weltbühne, Nr. 1, 4.1.1927, S. 1f.

Dass er Adolf Hitler nur eine kurze Regierungszeit prophezeite, teilte Ossietzky mit vielen klugen Zeitgenossen. Warum sollten sie auch wirklich ahnen, dass er in dem ständigen Wechselspiel der Macht, wie es namentlich für das Ende der Weimarer Zeit kennzeichnend war, nicht bloß ein weiteres Intermezzo sein sollte.¹⁸ Immerhin war er so weitsichtig, die langfristigen desaströsen Folgen vorauszusehen: „Der große völkische Führer mit dem Äußern und den Allüren eines Zigeunerprimas mag seine Saison haben und mit dieser abblühen. Was er an bösen und häßlichen Instinkten hervorgerufen hat, wird nicht so leicht wehen und für lange Jahre noch das gesamte öffentliche Leben in Deutschland verpesten. Neue politische und soziale Systeme werden kommen, aber die Folgen Hitlers werden aufstehen, und spätere Generationen noch werden zu jenem Gürtelkampf antreten müssen, zu dem die deutsche Republik zu feige war.“¹⁹

Als ein guter Prophet erwies er sich auch in der Einschätzung von Paul von Hindenburg. Während sich nach einer im letzten Jahr erschienenen Hindenburgbiografie²⁰ Historiker, unter ihnen auch Hans-Ulrich Wehler, erstaunt zeigten, wie lange man in der Geschichtswissenschaft die verhängnisvolle Rolle Hindenburgs verkannt habe,²¹ hätte die Lektüre der Vielzahl von hellsichtigen Artikeln von Ossietzky in der „Weltbühne“ über den sogenannten Ersatzkaiser eben diese Erkenntnis schon seit den 1920er-Jahren bringen können.²²

18 Voller Anspielungen aber der Aufsatz „Richard Wagner“ von Carl von Ossietzky, in: Die Weltbühne, Nr. 8, 21.2.1933, S. 282-286, in dem er das „Versagen“ des Bürgertums vor dem Nationalsozialismus geißelt: „Sie ahnen die Katastrophe, sie fühlen dumpf den Fluch ihres Reichtums. Aus nächtlichem Dunkel flammt rot die Vision des Untergangs.“, S. 284.

19 Carl von Ossietzky: Wintermärchen, in: Die Weltbühne, Nr. 1, 3.1.1933, S. 1-6..

20 Wolfram Pyta: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, Berlin 2007.

21 Hans-Ulrich Wehler: Zwischen Bismarck und Hitler. Wolfram Pytas herausragende Biografie über Hindenburg, eine deutsche Unheilsfigur, in: Die Zeit 46, 8.11.2007.

22 S. u. a. Carl von Ossietzky: Ein Jahr Hindenburg, in: Die Weltbühne, Nr. 17, 27.4.1926, S. 639-643; ders.: Hindenburg und sein Ruhm, in: Die Weltbühne, Nr. 39, 27.9.1927, S. 471-474; ders.: Hindenburg und Hölz, in: Die Weltbühne, Nr. 40, 4.10.1927, S. 509f.

Nicht nur seine früheren *Gegner* können bei der Lektüre von Ossietzky im Original noch viel Neues entdecken. Gut, dass es solche Jubiläen wahrnimmt, die den Namensgeber wieder ins Bewusstsein rücken. Das war auch der Tenor, der befragten Studierenden, die, wie einige schrieben, nun wirklich mal zum blauen Turm hochschauen, und dem Mahnmal vor dem Hörsaalzentrum mehr als nur einen flüchtigen Blick gönnen. So wenig umstritten heute der Name der Universität ist, so schnell ist auch die Gefahr da, die mit ihm einhergehende Verpflichtung aus den Augen zu verlieren. Hohe Erwartungen haben sich die Namensgeber in den 1970er-Jahren zugemutet, an denen wir uns auch heute weiter messen müssen. Unsere Universität trägt eben nicht den Namen eines vormaligen Landesherren, eines einst ortsansässigen Wissenschaftlers oder gar einen von einer PR-Agentur kreierten Phantasienamen. „Mit der Entscheidung für den Namen Carl von Ossietzky Universität“, so schreibt eine Studentin in der Befragung, „verpflichtet sich die Universität, den von Ossietzky vertretenen Prinzipien treu zu bleiben.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

GERHARD KRAIKER

*Der Namensgebungsstreit
vor dem Hintergrund der Zeitereignisse*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Damen und Herren,

ich fühle mich bemüßigt, zunächst einmal zu begründen, warum anlässlich des 70sten Todestages von Carl von Ossietzky hier von der Namensgebung und nicht vom Lebens- und Leidensweg Carl von Ossietzkys, nicht von seinem publizistischen Werk und seinen vielfältigen praktischen politischen Engagements die Rede sein soll. Nun, wir – das Vorbereitungskomitee und ich – gingen davon aus, dass die Veranstaltung an diesem Donnerstag vor Pfingsten vornehmlich von Älteren besucht werden würde, solchen, die über Ossietzky schon einiges wissen, irgendwie an dem Namensgebungsprozess beteiligt waren und die heutigen Trends an der Universität mit den Intentionen von damals vergleichen. Der Blick in den Saal bestätigt mir, dass die Annahme nicht falsch war. En passant wird natürlich von Ossietzky zu sprechen sein, schließlich bezog der Namensstreit seinen Stoff aus den Einschätzungen von Person und Werk Ossietzkys; ohne Vergegenwärtigung der differierenden Einschätzungen bliebe ja völlig unklar, warum die Mehrheit der Universität den Namen so unbedingt wollte und ein Teil des Umfeldes ihn so vehement ablehnte.

Bekannt – und deshalb nicht weiter auszuführen – sind die Erwartungen, die sich in Oldenburg außerhalb der Hochschule an eine Universitätsgründung richteten. So sehr auch diese Erwartungen differiert haben mögen, allen gemeinsam war, dass man eine „ordentliche Universität“ erwartete, nach dem Muster von Göttingen, wo die meisten studiert hatten, die in der Stadt einen akademischen Abschluss besaßen. Sie sind vermutlich, wie auch ich später, fortwährend auf Vorurteile gegenüber der Universität

gestoßen. Eine Antwort auf die Rückfrage, was oder wen man denn von der Uni kenne oder worauf das abgegebene Urteil beruhe, blieb dabei durchweg aus. Man/frau hatte gehört und kolportierte das munter weiter. Das gilt auch für den Oldenburger Bürgerverein, der sich an die Spitze der Gegner stellte und auch nichts anderes hervorbrachte als bürgerliche Vorurteile. Am meisten Angst hatte man vor einer linken Kaderschmiede, die zu sein der Universität Bremen unterstellt wurde.

Der im Gründungsausschuss vorgebrachte Vorschlag, die neue Universität nach Carl von Ossietzky zu benennen, entsprach den schlimmen Befürchtungen, zumal der Vorschlag von Studenten des Spartakus und des SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund) kam. Zurecht verwies man darauf, dass Carl von Ossietzky in die Herrschaftsideologie der DDR integriert war. Sein Gedenken wurde in der DDR gepflegt, weil er als eine der Verbindungsfiguren zwischen Kommunisten und Bürgertum gedeutet wurde, als ein Bürger, der auf dem rechten Weg zum Kommunismus gewesen war. Vergessen waren die heftigen Angriffe, die das Organ der KPD in der Weimarer Republik, die „Rote Fahne“, gegen Ossietzky als „bürgerlichen Intellektuellen“ unternommen hatte.

Das seltsame ist: Die Gegner des Namens nahmen die Begründung der Herrschaftsideologie der DDR für bare Münze; sie waren zu allen Zeiten weit davon entfernt, die Funktion der Integration zu erkennen. Selbst ausgewiesene Historiker wie Wehler und Augstein haben die Begründung ernst genommen und versäumt, sie an Texten Ossietzkys und seinem politischen Verhalten zu überprüfen. Dabei hätte man nur einmal die Begründung nachzulesen brauchen, die Ossietzky für Thälmann als seinem Reichspräsidenten-Kandidaten gegeben hat: „Du mußt es dreimal sagen: der Generalfeldmarschall von Hindenburg ist kein tragbarer Kandidat für die Linke (...) Gerne hätte ich als parteiloser Mann der Linken für einen akzeptablen Sozialdemokraten wie Paul Löbe oder Otto Braun gestimmt. Da kein sozialdemokratischer Kandidat vorhanden ist, muß ich schon für den kommunistischen stimmen (...) Man muß festhalten: die Stimme für Thälmann bedeutet kein Vertrauensvotum für die kommunistische Partei und kein Höchstmaß von Erwartung. Linkspolitik heißt die Kraft dort einsetzen, wo ein Mann der Linken im Kamp-

fe steht. Thälmann ist der einzige, alles andere ist mehr oder weniger nuancierte Reaktion. Das erleichtert die Wahl.“ (Bd. VI der Gesamtausgabe, S. 320 ff).

Vorurteilsübernahmen sind nicht einfach auf fehlende Sorgfaltspflicht von Historikern und Publizisten zurückzuführen. Letztlich ging es dabei um Hegemonieansprüche in der Deutung der Geschichte der Weimarer Republik, insbesondere im Hinblick auf ihr Scheitern, denn mit der Beantwortung dieser Frage – Woran war die erste deutsche Republik gescheitert? – hing zusammen, was sich als Kernkonsequenz aufdrängte, der ideelle Weg der Bundesrepublik oder der ideelle Weg der DDR. Bekanntlich konkurrierten beide deutsche Staaten um das, was als positives deutsches Erbe galt und was als Negativerfahrung in der Gründung der jeweils zweiten Republik vermieden werden sollte.

Nicht abgestritten werden soll, dass Ossietzky vielleicht auch von den Vorschlagenden des Namens als eine Kompromissfigur gedacht war, ähnlich seiner Rezeption in der DDR. Eine Thälmann-Universität war ja schlecht vorzuschlagen. Aber dass der Vorschlag innerhalb der Universität eine breite Zustimmung fand, hat nichts mit Kompromißfigur zu tun. Vielmehr war Carl von Ossietzky als Kämpfer für die Republik, als Pazifist sowie als Opfer der NS-Herrschaft und nicht zuletzt als ein Gescheiterter auf dem bürgerlichen Normalweg der Ausbildung (er verweigerte einen Schulabschluss), das, was dem Konsens der 68er entsprach. In diesen universitären Konsens eingeschlossen waren die Liberalen unter den Hochschullehrern, an ihrer Spitze Wolfgang Schulenberg. Er war es, der den Vorschlag machte, mit jeder neuen Generation von Studierenden nach Esterwegen zu fahren. Wie unendlich weit war er damit entfernt etwa von dem Bundestagsabgeordneten der CDU, Rollmann, der 1963 in Hamburg erklärte, die BRD könne sich keinen Pazifisten als Vorbild leisten, das zersetze die Wehrkraft, oder gar vom Oberkreisdirektor der Region Papenburg, der ein Mahnmal der Gewerkschaftsjugend für die ca. 1500 Opfer der Moorlager mit den Worten zu verhindern suchte: „Die ganz überwiegende Zahl der Insassen in diesen emsländischen Lagern waren Strafgefangene, die durch ordentliche Gerichte wegen Diebstahls, Hehlerei oder

ähnlicher Straftaten rechtskräftig abgeurteilt waren“ (vgl. Elke Suhr: Carl von Ossietzky. Eine Biographie, 1988, S. 17).

Bisher war von konservativen Oldenburger Bürgern als Gegner des Namens die Rede. Zu nennen sind freilich auch die Sozialdemokraten. In der Landespolitik redeten sie sich darauf hinaus, Namensgebungen seien nicht mehr modern. In Wirklichkeit tat man sich mit Carl von Ossietzky als Kritiker der Weimarer Republik schwer. Lange Zeit währte ja der seit der Antike bekannte Mechanismus bei der Erklärung des Untergangs der Weimarer Republik, nach dem der Botschafter für die Botschaft verantwortlich zu machen ist. Die scharfen Kritiker des Erosionsprozesses der Republik wurden zu den Ursachen des Untergangs gerechnet. Aber Carl von Ossietzky hatte auch die SPD, die ja eine die erste Republik tragende Partei war, vor 1933 immer wieder gescholten. „Sozialismus bei der SPD suchen, nein, das hieß von einem Brombeerbaum Bananen verlangen“, schrieb er einmal. An anderer Stelle: nirgendwo entfalte sich der Kapitalismus besser als unter sozialdemokratischen Regierungen. Das ist vielleicht übertrieben, hat aber sein Wahres. Vergessen waren auch nicht die Auseinandersetzungen um den sog. Blut-Mai 1929 (Der sozialdemokratische Polizeipräsident in Berlin hatte Demonstrationen zum 1. Mai verboten; die Kommunisten demonstrierten dennoch und wurden von der Polizei unter Beschuss genommen. Es gab über dreißig Tote. Ossietzky saß einem Komitee vor, das die Vorgänge untersuchte). Was Carl von Ossietzky jedoch Sozialdemokraten am meisten verdächtig machte, war die ihm zugesprochene Vereinigungssparole von SPD und KPD gegen den Faschismus. Die DDR hatte die Vereinigung in der SED erzwungen, in deren Gefolge viele Sozialdemokraten Verfolgungen ausgesetzt waren. Die Vereinigungsidee war deshalb für die SPD eine äußerste Zumutung. Auch der antikommunistische Zeitgeist verlangte nach einer ständigen Abgrenzung der Sozialdemokraten von den Kommunisten, und vor allem Konvertiten wie Herbert Wehner erwiesen diesem Zeitgeist fortwährend ihre Referenz. Aber bei allem Verständnis für die Animosität in der Vereinigungsfrage, was hat denn Ossietzky wirklich dazu gesagt? Ich zitiere, was er am Vorabend der faschistischen Machtergreifung, also in letzter Stunde, dazu äußerte: „Die Rote Einheits-

front ist ein pathetisches Sehnsuchtswort, das auf beiden Seiten schon viel Parteiegoismus verdeckt hat, viel Versuche, in den Hürden des Andern zu wildern. Wo zwei Arbeiter sich treffen, mag es seine Wirkung haben, zwei Funktionäre jedoch macht es noch argwöhnischer als sie schon sind. Lassen wir es heute beiseite, denn nicht um die Verschmelzung beider Parteien handelt es sich sondern um ein operatives Zusammengehen zur Verteidigung der Arbeiterklasse (...) Es kommt nicht mehr darauf an, Recht zu behalten, sondern sämtliche Teile der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft vor der Vernichtung zu retten. Wollen wir antiquierte Schlachten weiterführen, wo der Raum, in dem wir leben, immer enger wird? Wo wir immer mehr zusammengepreßt atmen müssen, wo riesenhohe Wände, von unsichtbarem Mechanismus bewegt, immer näher rücken? Es geht nicht mehr um Programme und Doktrine, nicht mehr um ‚Endziele‘ und ‚Etappen‘, sondern um den technischen Fundus der Arbeiterschaft, ihre Presse und Gewerkschaftshäuser, und schließlich um ihr lebendes Fleisch und Blut, das hoffen und vertrauen und kämpfen will. Ich frage euch, Sozialdemokraten und Kommunisten: – werdet ihr morgen überhaupt noch Gelegenheit zur Aussprache haben? Wird man euch das morgen noch erlauben? Was sich zwischen euch aufgebaut hat, ich ignoriere es nicht. Ich kenne es besser als irgend ein Anderer. Denn ich habe in diesen Jahren von beiden Seiten Schläge erhalten.“ (Bd. VI der Gesamtausgabe, S. 364 ff)

Lassen Sie mich noch einmal den einen oder anderen Punkt des bisher Gesagten besonders vertiefen: Ich sprach davon, dass der Name Carl von Ossietzky einem inneruniversitären Konsens entsprach. Mit dieser Wahl waren einige Intentionen verbunden, auch die, dass der Namensgeber kein Kommunist war, jemand der sich nie an stalinistischen Praktiken und Ideologien beteiligt haben durfte, auch jemand, der kein undifferenzierter Antikommunist im Sinne des späteren Reagan (Reich der Guten und Bösen) und dessen Ahnenreihe war. Zu dem Konsens gehörten überdies Ideen der sozialen Demokratie, z. B., dass alle in der Hochschule Tätigen die gleich Chance haben sollten, sich in die Entscheidungsprozesse der Universitätsgremien einzu-

bringen. Das bedeutete: keine Ordinariuniversität mehr, wo allein die Institutsdirektoren das Sagen hatten, sondern eine demokratische Gremienuniversität, in der auch die Kraft Amtes Höhergestellten eingebunden sind in das beratende und nach Mehrheit entscheidende Gremium, also das, was Habermas als das deliberative Demokratiemodell herausgefiltert hat.

In die hier vorgenommene Historisierung des Namensstreits gehört auch, festzustellen, was sich seither in der Bundesrepublik politisch geändert hat:

- Der 8. Mai wird nicht mehr primär als Tag der Kapitulation (Dregger und Co.), sondern als Tag der Befreiung begangen.
- Das Umland der Emslandlager war, auch wo die CDU die Mehrheit hatte, zunehmend bereit, zur Kenntnis zu nehmen, was ab 1934 in unmittelbarer Nähe geschehen war.
- Willy Brandt, der sich in der skandinavischen Emigration sehr für Carl von Ossietzky eingesetzt hatte, war Bundeskanzler geworden.
- Schließlich hat der Antikommunismus mit dem Zusammenbruch der Ostblockstaaten nicht nur sein Objekt, sondern auch seine Funktion der Ausgrenzung verloren. Kommunismus-Nähe ist zwar auch heute noch ein politisch tödlicher Vorwurf, aber man sieht zumindest genauer hin, wenn man jemand dessen beschuldigt.

Meiner Deutung nach ist der Namensstreit die Oldenburger Variante des Konflikts, der ab 1967 in der Bundesrepublik zwischen den Generationen und zwischen den der autoritären Tradition Verhafteten und denen, die das Demokratieversprechen beim Wort nahmen, ausgetragen wurde. Den jüngeren Generationen mag es heute erscheinen, als habe es einen glatten Übergang vom NS-Staat zur westlich orientierten Demokratie gegeben. Aus dem Bewusstsein fällt das Prozesshafte dieses Vorgangs. Zunächst war die Situation ja noch dadurch gekennzeichnet, dass die autoritär Sozialisierten und gegenüber dem Nazismus durchaus adaptiven Kräfte das Feld besetzten. Durch Einwirken der Alliierten gab es zwar mit dem Grundgesetz eine durchaus liberale Verfassung, aber ihr entsprach keine politische Praxis. Denken Sie nur an Führungsfiguren der ersten Nachkriegszeit wie Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, die ihre politische

Prägung noch voll in der Weimarer Republik erfahren hatten und denen als Qualität zugesprochen wurde, dass sie mit ihren Parteien autoritär umsprangen.

Die ersten Transformatoren der autoritären Gesellschaft waren nicht die Studenten, sondern die Sozialliberalen, die das Grundgesetz und die Soziale Marktwirtschaft beim Wort nahmen sowie die bisherigen Autoritäten auf ihre Legitimation hin befragten. Aus der größeren Öffentlichkeit sind hier zu nennen: Ulrich Sonnemann, Erich Kuby, Rudolf Augstein, Harry Pross, Walter Dirks, Eugen Kogon und Walter Jens. Der erste große Konflikt zwischen den autoritären Politikern und denen, die Demokratie und Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit einforderten, war nicht an Hochschulen, sondern die sog. „Spiegel-Affäre“. Sie ließ 1962 die Schläfrigen hellhörig werden und erinnerte die Geschichtsbewußten an den „Weltbühnen-Prozess“ von 1931. (Bei allen Übereinstimmungen zwischen „Spiegel-Affäre“ und „Weltbühnen-Prozess“ gab es doch einen gravierenden Unterschied: Bei der „Spiegel-Affäre“ wirkte die Justiz als Korrektur der Politik, beim „Weltbühnen-Prozess“ war sie deren williges Organ. Bekanntlich wurde Carl von Ossietzky ohne Schuldnachweis als Landesverräter verurteilt, Augstein wurde freigesprochen.) Der „Spiegel-Affäre“ folgte eine Welle von Bilanzierungen: Was war der Anspruch der Neuordnung gewesen und was ist daraus geworden? (Vergleiche etwa: Ulrich Sonnemann: Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten, 1963; Nedelmann/Schäfer: Der CDU-Staat, 1967; Kogon: Die unvollendete Erneuerung, 1964; Harry Pross: Die Zerstörung der deutschen Politik, 1963; Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit, 1962.) Das waren die liberalen Vorläufer der 68er, aber ohne den zivilen Ungehorsam der Studenten wären Änderungen wahrscheinlich ausgeblieben. Es ging ja immerhin darum, dass die Bundesrepublik als Nachfolgestaat des NS-Staates und als intendierter demokratischer Rechtsstaat den Durchbruch zu dem Neuen, das zuvor nur à la lettre in der Verfassung formuliert war und das weder in der Politik noch bei den Bürgern eine hinreichende Verankerung gefunden hatte, gleichsam auf ihren Begriff gebracht werden musste. So rückständig-borniert uns die Oldenburger Bürger erschienen, sie unterschieden sich nicht von dem Gros des Bundesvolkes.

Das bildete aufs Ganze gesehen eine postfaschistische Gesellschaft, für die nicht absehbar war, ob sie sich im Krisenfall in eine offen faschistische zurückbilden würde. Zwar war die Brechung mit dem tradierten Militarismus und Nationalismus unverkennbar – das war ebenso das Ergebnis alliierter Kontrollpolitik wie Adenauersches Programm; auch hat die BRD nie die imperialistische Rolle gespielt, die ihr die DDR-Führung andichtete. Aber Anlass zur Sorge gab es doch, man denke nur an die schnell angestrebte Remilitarisierung und den Anspruch, über die Atomwaffen mitzuverfügen, an die Notstandsgesetze als Vorkehrung für innere und äußere Krisen.

Noch einmal zurück zu dem Namensstreit. Es besteht auch hier Übereinstimmung mit dem großen antiautoritären Konflikt, dass er auf äußerst dünner Informationsgrundlage von Befürwortern und Gegnern geführt wurde. Es gab zu dieser Zeit von Ossietzky nur lizenzierte Bücher aus der DDR und ein Textband im Fischer Verlag. Die Auswahl des Textbandes entsprach dem Bild „auf dem Weg zum Kommunismus“. In zwei früh erschienenen Biografien zu Ossietzky reproduzierten sich nochmals die Gegensätze, die schon die Aktivitäten des „Freundeskreises“ für Freilassung und Nobelpreiszuerkennung belastet hatten. Bruno Frei, von dem die Biografie in der DDR erschien, gehörte in die Nähe des Prager Kreises um die „Neue Weltbühne“. Dieser war stark von Kommunisten beeinflusst, die für die öffentliche, weltweite Forderung der Freilassung plädierten, was Carl von Ossietzky nachgewiesenermaßen im KZ geschadet hätte. Grossmann, dessen Biografie im Suhrkamp-Verlag erschien, verbrachte die Exilzeit in New York; er hatte dem Pariser Freundeskreis um Hilde Walter und Helmut von Gerlach nahegestanden, die, besorgt um die Reaktion der Nazis gegenüber Ossietzky, aus dem Hintergrund zu operieren bestrebt waren. Elke Suhrs Ossietzky-Biografie von 1988 war die erste jenseits der Konfliktlinien der Zeitgenossen von Ossietzky. Sie konnte sich schon des Nachlasses bedienen, den die Tochter Ossietzkys, Rosalinda von Ossietzky-Palm, der Universität übergeben hatte. Zur Erarbeitung einer Gesamtausgabe des Werkes und einer Dokumentation des Lebenswegs von Ossietzky bedurfte es eines äußeren Anstoßes. Die Universität hatte wieder einmal einen Landtagsabgeordneten dazu be-

wegen können, im Landtag nach dem Stand der Namensgebung zu fragen. Der zuständige Staatssekretär reagierte ironisch: Die Universität Oldenburg mache so viel Aufhebens um den Namen, aber zur Erschließung des Werks und Lebens von Ossietzky habe sie noch nichts beigetragen. Das stimmte zwar nicht ganz, immerhin bemühte sich eine kleine Gruppe um Werner Boldt und Elke Suhr um das Archiv und hatte auch schon Pläne für eine Gesamtausgabe. Aber durch die Universtitätsleitung ging ein Erschauern und man wurde initiativ. So wurden zu den schon Aktiven (Boldt, Suhr) der Germanist Dirk Grathoff und ich selbst aus den Sozialwissenschaften gebeten, an einer solchen Ausgabe mitzuwirken. Das Projekt fand Gott sei Dank die Unterstützung der DFG und war zur Buchmesse 1994 abgeschlossen.

Ich möchte nicht missverstanden werden; es geht mir nicht um Harmonisierung des einstigen Konflikts in der Namensgebung, aber, wenn Sie so wollen, um eine Historisierung. Und dazu gehört die Einsicht, dass die Kommunikation zwischen Befürwortern und Gegnern des Namens nicht gelingen konnte, denn das Sträuben der jungen Generation gegen die autoritäre Einordnung und den Konformismus der Adenauer-Zeit erfolgte ja aus der Einsicht, dass das Wohlverhalten der Elterngeneration die Katastrophe nicht verhindert, sondern nur zu ängstlicher Anpassung geführt hatte. Die proklamierte Subjektfreiheit auf privatem und politischem Sektor als das erklärte Gegenprogramm musste auf Unverständnis treffen. Liberale konnten dafür Sympathie aufbringen, aber nicht die konservativ gesinnten Bürger, die mit der Forderung nach Subjektfreiheit alles verletzt sahen, was ihnen heilig war. Ich erinnere mich noch lebhaft an Diskussionen mit meinem Vater, einem Polizeibeamten, der mir die Zustimmung zu der Feststellung abringen wollte, dass Ordnung sein müsse, während ich in jeder Form von Ordnung Unterdrückung der Subjektivität behauptete. Adorno und Marcuse standen da unverkennbar Pate. Wir hätten freilich die Unterscheidungen von deren Kronzeugen, Hegel und Marx, besser verarbeiten sollen: Nach ihnen kann eine Generation, die Befreiung zwar für sich denken, aber nicht an und für sich verwirklichen. Schon die nächste Generation schnappte denn auch wieder nach den Haltegriffen, die die bürgerliche Gesellschaft den Schwankun-

gen ausgesetzten Subjekten zu bieten pflegt. Ganz zu schweigen von den Absicherungen gegen die Risiken der Demokratie, die die Institutionen, wie die Universitäten, in Prozessen der Gegenreform wieder herstellten.

Zum Abschluss will ich sie noch mit einer Überlegung konfrontieren, die wahrscheinlich auf Widerspruch stoßen wird. Der Mitverfasser der US-amerikanischen Verfassung, Thomas Jefferson, hat einmal geäußert, Verfassungen sollten alle dreißig Jahre den neuen Generationen zur Disposition gestellt werden. Das entspräche meiner Vorstellung von Demokratie, wäre aber vielleicht zu kraftaufwändig für die ganze Gesellschaft. Indessen könnten Institutionen in der Gesellschaft den Gedanken sehr wohl praktizieren. Vielleicht war der Name „Carl von Ossietzky“ für die Universität nur Ausdruck für die Gründergeneration. Die trieb ja noch die Fragen um, wie die erste demokratische Republik hatte untergehen können, wie die Elterngeneration in das Nazi-Regime und seine Verbrechen involviert waren, welche Bedingungen die Wiederkehr verhindern könnten, wie und warum die Befreier, die das Humane so hoch hielten, selbst in fragliche und äußerst inhumane Kriege verwickelt waren (USA in Vietnam, zuvor Frankreich in Algerien). Weil alles das generationsbedingt war, sollte man vielleicht die neuen Generationen neu fragen, statt zu beklagen, was sie alles nicht mehr interessiert. Unverkennbar und lobenswert ist gegenwärtig die Anstrengung der Universitätsleitung, eine Kontinuität zwischen den Gründungsimpulsen und den Neuorientierungen herzustellen. Nicht allen Anstrengungen ist jedoch Erfolg beschieden. Es könnte sein, dass irgendwann das Etikett nicht mehr stimmt, dass die Mitglieder der Universität über Ossietzky nicht mehr wissen, als über Graf Anton Günther, den Pferdezüchter, und dass nicht mehr der humanistische Geist Ossietzkys die Richtung weist, sondern ökonomische Regionalinteressen. Da wäre mir doch wohler, wenn die Universität einen anderen Namen trüge.

DIE AUTOREN

GUNILLA BUDDE (1960)

Prof. Dr., ab 2005 Universitätsprofessorin für deutsche und europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Studium an den Universitäten Hamburg und Bielefeld (1979-1986), 1. Staatsexamen (1986); wiss. Mitarbeiterin: Zentrum für interdisziplinäre Forschung an der Universität Bielefeld (1986-1988); Bielefelder SFB „Sozialgeschichte des neuzeitlichen Bürgertums: Deutschland im internationalen Vergleich“ (1989-1991); Promotionsstipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung (1992-1993); Promotion am Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin (1993); Arbeitsstelle für Vergleichende Gesellschaftsgeschichte an der FU Berlin (1993-1994); Universität Konstanz und FU Berlin (1995-1998); wiss. Assistentin Universität Bielefeld (1998-1999); Habilitationsstipendiatin der DFG (1999-2001); Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (2001-2003); Habilitation am Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin (2003); Oberassistentin FU Berlin (2003-2005); dazwischen Lehrstuhlvertretung Universität Bielefeld (2003-2004); Professur für Deutsche und europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Oldenburg (2005).

Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. zum Bürgertum des 19. Jahrhunderts, zur Geschichte der DDR, zur Frauen- und Geschlechtergeschichte, zum Verhältnis von Musik und Politik.

GERHARD KRAIKER (1937)

Prof. (em.) Dr., ab 1974 Universitätsprofessor für Gesellschafts- und Staatstheorie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Philosophie und Psychoanalyse an den Universitäten Saarbrücken, Frankfurt a. M., Marburg und Gießen; Magister und Promotion, wiss. Assistent Universität Gießen (1967-1971); Dozent (1971-1974); Pro-

fessor für Gesellschafts- und Staatstheorie an der Universität Oldenburg (1974); in der akademischen Selbstverwaltung u. a. als Institutsdirektor, Dekan und Senatsmitglied aktiv; Emeritierung (September 2005).

Mitherausgeber der Oldenburger Gesamtausgaben von Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky sowie Verfasser von weiteren Publikationen über Beide; zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen Geschichte der BRD und zur politischen Theoriegeschichte der Neuzeit; Carl von Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg (1995).

Oldenburger Universitätsreden

Vorträge · Ansprachen · Aufsätze

Über die Lieferbarkeit der Ausgaben Nr. 1 bis Nr. 171 gibt der BIS-Verlag der Universität Oldenburg Auskunft.

- Nr. 172** Provoost, Anne: Und nun die schlechte Nachricht. Das Kind als Antagonist. – 2007. – 29 S.
ISBN 978-3-8142-1172-5 € 3,10
- Nr. 173** Mittelstraß, Jürgen: Wenn sich die Forschung bewegt / Jansen, Stephan A.: Humboldt 2.0. – 2008. – 81 S.
ISBN 978-3-8142-1173-2 € 3,10
- Nr. 174** Krüsselberg, Hans-Günter: Humanvermögen. Ein Blick auf die Quelle des gesellschaftlichen Wohlstandes. – 2007. – 36 S.
ISBN 978-3-8142-1174-9 € 3,10
- Nr. 175** Entwicklung und Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen in der Pädagogik. Mit Beiträgen von T. Biernat, W.-D. Scholz, M. S. Szymanski und H. Zielinska-Kostylo. – 2007. – 86 S.
ISBN 978-3-8142-1175-6 € 3,10
- Nr. 176** Schneidewind, Uwe: Universität Oldenburg 2004 bis 2010 – ein Halbzeit-Fazit. – 2007. – 29 S.
ISBN 978-3-8142-2105-2 € 3,10
- Nr. 177** Noordervliet, Nelleke: Friktion mit Fiktion. – 2008. – 21 S.
ISBN 978-3-8142-1177-0 € 3,10
- Nr. 178** Ruhloff, Jörg: Prüfungswandel und Prüfungswahn. Qualitätskontroll-Prüfungen, emanzipatorische Prüfungen, tauglichkeitskritische Prüfungen. – 2008. – 29 S.
ISBN 978-3-8142-1178-7 € 3,10
- Nr. 179** Busch, Friedrich W.: Makarenko – Montessori – Korczak. Vorstellungen über den Umgang mit Kindern und Jugendlichen. – 2008. – 31 S.
ISBN 978-3-8142-1179-4 € 3,10
- Nr. 180** Fuhrhop, Nanna: Die Grammatik der Schrift. – 2008. – 25 S.
ISBN 978-3-8142-1180-0 € 3,10
- Nr. 181** Saner, Hans: Von der Weite des Denkens und der Verlässlichkeit des Handelns. Karl Jaspers in seiner Zeit. – 2008. – 43 S.
ISBN 978-3-8142-1181-7 € 4,10
- Nr. 182** Daxner, Michael: Die Wohlgesinnten, ein Roman von Jonathan Littell. – 2008. – 33 S.
ISBN 978-3-8142-1182-4 € 4,10